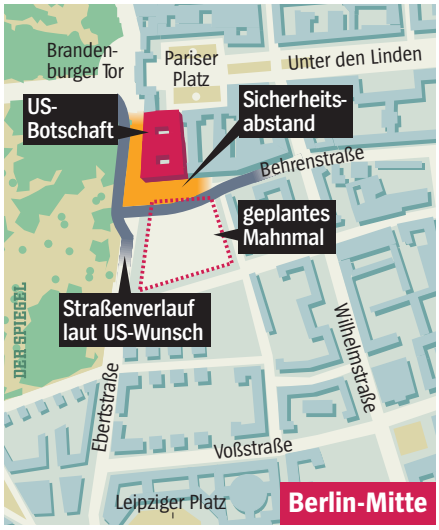
HAUPTSTADT

Sicherheit contra Mahnmal

Das seit zehn Jahren diskutierte und beim Brandenburger Tor geplante „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ droht an seiner Monumentalität zu scheitern. Nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania verlangen die Amerikaner für ihre geplante diplomatische Vertretung am Pariser Platz einen gut 30 Meter breiten Abstand zwischen dem Botschaftsgebäude und den angrenzenden Straßen. Dadurch aber würde das für das Holocaust-Mahnmal vorgesehene bundeseigene Grundstück so deformiert, daß der favorisierte Entwurf von Richard Serra und Peter Eisenman zumindest noch einmal überarbeitet werden müßte. Der Berliner Senat versucht jetzt in vertraulichen Verhandlungen, die Amerikaner von ihren Sicherheitsforderungen abzubringen, denn die würden auch den Pariser Platz – laut Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen „die gute Stube Berlins“ – verschandeln. Senatskanzleichef Volker Kähne hofft auf eine Einigung mit der einstigen Schutzmacht West-Berlins: „Wir gehen bis an die Grenze des für uns Erträglichen.“



W. M. WEBER

Forschungsreaktor München II

URAN

Baldmöglichst liefern

Bayern hat Fakten geschaffen, um die Lieferung hochangereicherten, waffentauglichen Urans aus Rußland für den Forschungsreaktor München II zu ermöglichen. Im Auftrag des künftigen Reaktorbetreibers, der TU München, schlossen die deutsche Atomfirma Nukem und das russische Unternehmen Tenex am 23. Oktober ein „kommerzielles Lieferabkommen“, wie aus einem internen Papier der Bundesregierung hervorgeht.
Die erste Fuhre soll „baldmöglichst“ an den französischen Brennelementehersteller Cerca gehen. Der Generaldirektor der Euratom-Versorgungsagentur, Michael Goppel, Bruder des früheren bayerischen Umweltministers, habe das Vertragswerk bereits gegengezeichnet. Die rot-grünen Koalitionspartner in Bonn halten das Reaktorprojekt für „hochproblematisch und außenpolitisch bedenklich“ und wollen es möglichst noch stoppen.

BUNDESWEHR

„Linke Ratten“

Mit deftigen Sprüchen hat sich der Anfang November abgelöste Kommandeur der Bundeswehr-Luftlandeschule in Altenstadt, Friedrich Jeschonnek, um den Job gebracht. Gegen den Oberst läuft jetzt ein disziplinargerichtliches Verfahren. Ihm wird vorgeworfen, Untergebene als „Arschlöcher, Schleimer, Kriecher“ bezeichnet zu haben. Mitglieder des Bundestags-Untersuchungsausschusses, der sich mit rechtsradikalen Umtrieben in der Truppe befaßte, diffamierte Jeschonnek laut einer vertraulichen Vorlage für den Verteidigungsausschuß als „linke Ratten, von denen er sich nicht die Eier abschneiden“ lassen werde.